

Dr. Reinhold Mitterlehner

Vizekanzler und Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft  
der Republik Österreich, Wien

Sehr geehrter Herr Premierminister,  
Frau Minister,  
Herr Ministerpräsident a. D.,  
Herr Landeshauptmann,  
Herr Kommissar,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein darf, bedanke mich und gratuliere zuallererst zu den 20 Jahren, die das Europa-Forum Wachau bereits stattfindet. 20 Jahre sind eine längere Zeit und auch die Bestätigung dafür, dass man ein Thema und eine Reihe von Veranstaltungen richtig gewählt hat; dass man nicht nur reflektiert, was gerade passiert, sondern dass man damit durchaus auch die Zukunft wesentlich mitbeeinflussen kann.

Ich meine das wirklich genauso, denn, was ich gerade von Ihnen, Herr Premierminister, aber auch von Ihnen, Frau Minister, gehört habe, das war eigentlich eine Darstellung der Entwicklung, der Modernisierung und der Umstrukturierungen, die gemacht wurden. Und mit welcher Ambition und Verve man auch kämpft, hier eine entsprechende Partnerschaft mit Europa zu haben. Auf der anderen Seite muss man dann sehen - der Kommissar hat es ja auch erwähnt -, dass in Europa das Thema Erweiterung nicht gerade mit Priorität versehen ist, was ich nicht an einem Desinteresse festmachen möchte, sondern einfach daran, dass wir - hier in Österreich und auch in Europa - momentan viele Probleme nicht wirklich lösen können.

Manche glauben, dass wir mit den vielen Krisenherden in der Welt weitere Probleme politischer Natur importieren würden; andere sehen aufgrund der Flüchtlings-, aber auch der Kriegsproblematik in anderen Ländern die Gefahr für ihren eigenen Arbeitsplatz, die Gefahr für ihre eigene Zukunft. Wer eigene Probleme nicht erledigt hat, ist auch nicht in der Lage, sich der Probleme und der Wünsche anderer wirklich intensiv anzunehmen.

Ich habe vom Herrn Kommissar und auch in der Antwort von Ihnen beiden dann gehört, wie gut die Beziehungen sind, wie gut auf fachlicher Ebene hier gearbeitet wird. Und daher bin ich sehr optimistisch, dass das eine positive Entwicklung insgesamt nehmen wird. Wir würden auch davon profitieren.

Sie haben es angesprochen, Herr Premierminister. Wir arbeiten im wirtschaftlichen Bereich sehr gut zusammen, was die Direktinvestitionen anbelangt, was die Außenwirtschaft anbelangt. Wir würden das durchaus als Win-win-Situation sehen und auch beschreiben können. Was wir aber auch insgesamt gehört haben - wir feiern ja jetzt nicht nur 20 Jahre Jubiläum dieses Forums, sondern wir feiern in Österreich eine Reihe von Gedenken und Jubiläen: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, aber auch 200 Jahre Wiener Kongress, auch 60 Jahre Staatsvertrag: wenn man all die Jubiläen und Gedenken Revue passieren lässt, dann ist eigentlich ein Wort mit allen Problemen, aber auch dann mit der Chancenentwicklung verbunden, und das Wort heißt „Nationalismus“.

Im Endeffekt kennzeichnet das die Geschichte der EU, aber auch der Monarchie. Gehen Sie einmal ins österreichische Parlament, dort werden Sie im Reichsratssaal eine Liste, eine Sitzaufstellung finden, die erinnert Sie irgendwo an eine verkleinerte EU. Karl Renner hat ja früher schon einmal gesagt, die Monarchie war eigentlich in ihrer Konstellation so etwas wie ein kleiner Völkerbund. In Wirklichkeit sind wir gescheitert am Nationalismus, an verschiedenen Problemen der Unterdrückten, aber auch anderen Grenzüberschreitungen.

Und neben Nationalismus ist die gesamte Geschichte - auch unserer Vergangenheit - eine Geschichte der Grenzziehungen, eine Geschichte der Grenzüberschreitungen, aber auch eine Geschichte der Grenzstreitigkeiten.

Wie wir uns alle - sehr positiv - erinnern, waren es Schuman, Adenauer und andere, die die Konsequenzen aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen haben und dann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet haben und mit der Vergemeinschaftung der wichtigsten Kriegsressourcen, nämlich Kohle und Stahl, Kriegen zukünftig de facto die Basis nehmen wollten. Was mir interessant erscheint, war der Versuch, das zunächst im wirtschaftlichen Bereich weiterzuentwickeln, also bei der Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Die Grundfreiheiten waren der nächste, der wirtschaftliche

Schritt. Das muss man eigentlich, wenn man es rekapituliert, sehen. Es wurde nicht von vornherein daran gedacht, eine politische Union anzustreben. Man hat sich nicht um Werte und deren Vereinheitlichung gekümmert, sondern der Ausgangspunkt war ein wirtschaftlicher. Einfach im Wissen, wenn gemäß der Maslow-Pyramide die ursprünglichsten Bedürfnisse - Essen, Trinken, Wohnen - befriedigt sind, dann erst kann ich mich auch mit den politischen Gestaltungen und mit dem gemeinsamen Willen, eine politische Union zu errichten, auseinandersetzen.

Wenn man den Weg der Europäischen Union anschaut, ist es eigentlich *der* Weg.

Ich habe aber vorher davon gesprochen, dass wir bestimmte Fehlentwicklungen im Bereich der Wirtschaft haben, die sowohl der rumänische Gast als auch Professor Haber angesprochen haben. Denn der Grundgedanke, wenn ich etwa die Freiheit des Wirtschaftens und auch die Freiheiten im Bereich Waren- oder auch Personenverkehr anspreche, war eigentlich Wettbewerb und Vielfalt; und nicht etwas anderes, nicht die Gleichschaltung, nicht die Einheitlichkeit. Stellen sie sich vor, wir wären alle gleich, jeder von seiner Grundausrichtung, jede Landschaft, jede Stadt - das wäre wahrscheinlich relativ fad.

Daher würde ich sagen, dass die Vielfalt auch in der Europäischen Union ein ganz wichtiger Gesichtspunkt ist, und was wir auf der europäischen Ebene zu tun haben, ist nichts anderes, als das Management der Vielfalt.

Jean-Claude Juncker hat das ebenfalls zum Ausdruck gebracht, weil wir meines Erachtens ein Riesenproblem mit der Subsidiarität haben. Wir haben alle das Gefühl, die EU greift in Bereiche ein, die eigentlich gar nicht regelungsnotwendig wären. Juncker hat das mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Big on big things and small on small things.“ Das ist eigentlich genau der Hintergrund: wir haben das Gefühl, wir haben - was die Verschiedenheit anbelangt, was die Orientierung anbelangt - durchaus Wettbewerb; was aber die Regulierung anbelangt, meines Erachtens eine Überregulierung.

Die Grenzen der Regulierung haben wir da und dort überschritten. Die Möglichkeiten, die aber eine Wirtschaftsunion bieten würde, haben wir nicht er-

reicht. Ich darf daran erinnern, wir haben allein für das Europapatent 30 Jahre gebraucht; bis dahin war der Unterschied in den Kosten für eine Patentanmeldung: 3.000 Dollar in den Vereinigten Staaten, bei uns über 30.000 Dollar.

Auf der anderen Seite haben wir Allergene geregelt, was viele Probleme bei unseren Gastwirten verursacht. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie wir seitens der EU die Gleichschaltung der Bürger in manchen Bereichen und Regulierung eigentlich in den Mittelpunkt rücken.

Robert Löffler - es gibt ihn heute noch - hat als Telemax stets kleinere Kommentare in einer Zeitung geschrieben. Er hat unter anderem einmal geschrieben: in Wien gab es einen Ginsterstrauch mit Früchten drauf. Ein Schuljunge hat davon gegessen, war dann krank und musste ins Spital, worauf auf allen verantwortlichen Ebenen eine Diskussion ausgebrochen ist, dass man in Wien vor allen Häusern diese Sträucher entsprechend entfernen müsste.

Genau das ist der falsche Ansatz: nicht das Entfernen, sondern der Umgang damit wäre wichtig: dass man nicht alles, was man nicht kennt, in der Form einfach genießen kann. Ich glaube, das wäre in vielen Punkten auch bei der EU angebracht. Ich brauche nicht die Allergene bis ins letzte regeln. In Italien regelt man das mit einem Satz: „Gehen Sie zum Küchenchef und erkundigen Sie sich.“ In Österreich arbeiten wir hunderte Stunden daran, um alles aufzulisten. Aber in Wirklichkeit muss ich doch Aufklärungsarbeit bei den Betroffenen machen und ihnen vermitteln, was wichtig ist.

Auf der anderen Seite wäre es wichtig, dass wir die Freiheiten des Marktes einmal zum Laufen bringen, wie Mario Monti auf Auftrag der Kommission dann in einem Bericht zusammengefasst hat: zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung, aber auch beim gemeinsamen Arbeitsmarkt.

Das sehe ich als wichtig, und der gemeinsame Plan, den Juncker konzipiert hat, der sogenannte EFSI, der ist entscheidend. Wenn es uns nicht gelingt, bei den Investitionen anzusetzen und wieder Vertrauen zu schaffen, dass in Europa investiert wird, haben wir meines Erachtens ein Problem. Daher hier wieder zurück zu dem, was regelungsnotwendig ist, und all das, was wir nicht brauchen, sollte auch im Grenzbereich bleiben.

Wir müssen aber auch, da wir - das hat heute schon jemand angesprochen - noch der größte Wirtschaftsraum der Welt sind mit 7 Prozent der Weltbevölkerung, 25 Prozent der Wirtschaftsleistung, aber 50 Prozent der Sozialleistungen, Verantwortung übernehmen, in Richtung Wettbewerb und in Richtung Wohlstand, was die anderen Regionen anbelangt.

Eine EU darf sich nicht nur auf den Binnenmarkt beschränken, sondern muss auch ihre Verantwortung gegenüber den Weltmärkten wahrnehmen. Dazu nur zwei bis drei Beispiele aufgrund der jetzt fortgeschrittenen Zeit:

Wir bemühen uns beispielsweise, ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu entwickeln. Wenn Sie sich erinnern, diskutieren wir dieses Abkommen in Österreich nur unter dem Vorbehalt oder unter dem Gesichtspunkt „Investitionsschutz“ und Ablehnung von Schiedsgerichten. Aber nur wenige unterhalten sich darüber, wozu wir eigentlich ein Freihandelsabkommen brauchen. Im Endeffekt haben wir bereits über 60 davon. Und überall, wo wir hinkommen, hat die Schweiz ein derartiges Abkommen schon abgeschlossen und wird uns dann immer als Vorbild vorgestellt, wie man agieren soll.

In Wirklichkeit haben von einem Freihandelsabkommen sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten etwas, aber - wie ich es vorher angesprochen habe - im Wettbewerb.

Wenn der Chef der größten österreichischen Tageszeitung mit einem Chef eines Handelskonzerns zu mir kommt und der Chef des Handelskonzerns Biohormonfleisch als Problem anspricht, dann steht dahinter eigentlich ganz etwas anderes, dass man nämlich in manchen Bereichen nicht den Wettbewerb will. Ich brauche gar keine Regelung, wir können das alles verhindern, sondern ich habe die freie Entscheidungskraft des Konsumenten. Der Konsument kann bei seinem Biomarkt kaufen, der Konsument ist fähig und - wenn er die Möglichkeiten hat - auch in der Lage, hier entsprechend auszuwählen.

Ich glaube, wir sollten daher nicht unter dem Aufhänger, was wir nicht brauchen, sondern unter dem Aufhänger, was die Vorteile sind, derartige Abkommen diskutieren. Es hat auch die EU bestimmte Fehler gemacht, die Transparenz war nicht da, es ist der Eindruck entstanden, wir hätten Standards nicht mehr ge-

währleistet - all das kann man verbessern. Aber ich glaube, wir haben eine Verantwortung gegenüber unseren Bürgern, wir haben aber auch eine Verantwortung in der Welt, denn die Konsequenz in der Welt ist natürlich folgende: Wenn wir die Vereinigten Staaten Europa nicht mehr als Absatzmarkt sehen, verlieren wir relativ stark, und auf der anderen Seite verlieren wir natürlich die Vereinigten Staaten - sie sind unser drittichtigster Handelspartner. Wenn wir diese Wechselwirkung nicht mehr haben, dann wenden sich die USA natürlich China oder Asien verstärkt zu, dann verliert Europa an Bedeutung. Wenn ich als Handelspartner an Bedeutung verliere, habe ich im Wettbewerb auch keinen Innovationsmotor, keine Kraft, kein Interesse, aus der Verschiedenheit, aus der Vielfalt, die ich vorher angesprochen habe, hier wirklich auch die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Daher glaube ich, dass wir ein gut gemachtes Abkommen brauchen.

Was wir aber genauso brauchen, ist, dass wir die Verantwortung wahrnehmen wie wir wirtschaften, und damit sind wir auch bei unserer Klima- und Energiepolitik. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber es ist schon oft gesagt worden: 55 Prozent unserer Energie kommen nicht aus dem Bereich der EU, der Großteil davon ist fossiler Natur. Wir wissen, ist die Energiewende wichtig, daher müssen wir umdrehen, daher müssen wir schauen, dass wir möglichst viel in erneuerbare Energien investieren können und uns unabhängiger machen.

In dem Zusammenhang muss ich sagen, dass die Bemühungen von Vizepräsident Šefčovič für eine Europäische Energieunion ausgesprochen positiv sind. Wir unterstützen das, und da haben wir auch Interesse von und eine Partnerschaft mit den Kandidatenländern, denn wir brauchen sichere, kostengünstige Energie. Die Vereinigten Staaten verlieren langsam ihr Interesse am Nahen Osten, denn sie sind selber bestens versorgt, was auch strategische Konsequenzen zur Folge hat.

Daher ist das eigentlich ein bei uns gesicherter Punkt. Was wir hingegen noch nicht haben, ist, dass wir auch den Klimaschutz als Chance für die gesamte EU, aber auch als Möglichkeit für die gesamte Welt sehen müssen. Wir haben ja unser 2030-CO<sub>2</sub>-Ziel ausgeweitet. Das ist positiv, aber es nützt dem Klima insgesamt relativ wenig, wenn Europa seinen ohnehin niedrigen Anteil am weltweiten

CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 9 Prozent noch weiter verringert, aber die anderen Weltregionen und größeren CO<sub>2</sub>-Emittenten nicht mitziehen. Daher liegen die Hoffnungen bei der Welt-Klimakonferenz in Paris, dass wir auch die anderen von unseren Ideen überzeugen, aber dann natürlich auch mit unserer Technologie dazu beitragen, dass die Erwärmung der Welt entsprechend reduziert wird. Das ist ein Thema, dem sich auch die G20, die G7 und andere gestellt haben.

In dem Zusammenhang - auch andere Gäste hören es nicht immer gerne - ein klares Bekenntnis: Wir brauchen keine Atomkraft. Wenn man sich die Kosten der Verstrahlung anschaut, die nirgendwo in den ganzen Kosten eines Projektes drinnen sind, wenn man sich die Problematik der Abfalllagerung anschaut, dann ist Atomkraft wie ein Roulettespiel, wo Sie zwar dann Strom produzieren, aber wenn Sie den Einsatz vergleichen, ist es ein Roulettespiel, bei dem Sie 1.000 Euro Einsatz haben und 100 Euro gewinnen können. Das ist ein Problem. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist - mir war es relativ neu - die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat das Thema „Verstrahlung der Weltmeere“ als Thema beim G7-Gipfel gebracht. Wenn man sich das dann anschaut, warum das für die EU ein so wichtiges Thema ist, dann ist das wirklich interessant. Denn die EU-Küste ist mit 70.000 km dreimal länger als die Küste der Vereinigten Staaten und doppelt so lange wie die Küste Russlands, und die Hälfte der Bürger Europas lebt in einem Radius von 50 km in Meernähe.

Im Endeffekt ist die Verstrahlung der Meere ein ganz wichtiges Thema, aber nicht nur das, wenn wir andere Themen wie Kinderarbeit, Tropenkrankheiten, Terrorismus sehen, sind das ebenfalls sehr wichtige Themen.

Jetzt ist Ihnen aber auch aufgefallen, und die junge Dame aus der Schule hat es ja ein wenig angesprochen, dass wir in Europa auch ein anderes Problem haben. Das andere Problem ist, dass wir die Grenzen der Kommunikation erreicht haben, weil wir meines Erachtens nach in Europa die Vorteile immer sehr einseitig kommunizieren - maximal produktionsorientiert, maximal ergebnisorientiert.

Wir haben aber in Europa versäumt, die Betroffenen auch zu Beteiligten zu machen. Daher sind die Projekte, bei denen man Jugendliche zu Beteiligten macht, eigentlich die entscheidenden Projekte. Gestern hat es ja auch einen Preis des Außenministeriums dafür gegeben. Es liegt in der menschlichen Natur, dass man Negatives zehnmal mehr verbreitet als Positives, aber wenn ich etwas

selbst erlebe, habe ich einen anderen Zugang.

Weil ich Wissenschaftsminister bin und manchmal gefragt werde, was das wichtigste an Projekten ist, wenn man Europa betrachtet, dann sage ich nicht, was wir wirtschaftlich da oder dort erreichen. Sondern das wichtigste Projekt ist Erasmus+, und zwar deswegen, weil es zum Ziel hat, die Mobilität der jungen Menschen zu verbessern. Meine eigene Tochter war in Utrecht. Ich war das erste Mal in meinem Leben in Utrecht. Was ich dort erlebt habe, auch an der Universität, hat mich begeistert, und wie die kommunizieren, wie man auch dann nachher noch vernetzt ist, weltweit, weit über Europa hinaus, das ist ein tolles Projekt.

Genau in demselben Zusammenhang ist auch die Universitätslandschaft und die Forschung überhaupt zu sehen. Viele glauben ja immer, Forschung fände nur in Österreich statt und würde beschränkt sein, und manchmal werden uns dann Forscher in andere Länder abgeworben. Es stimmt nicht. Die Universitäten und die Forschung waren eigentlich immer schon *das* Aushängeschild der Internationalisierung, und wenn wir dort eine Entwicklung haben, dann ist es eine Wettbewerbsorientierung bei den Vergaben der Projekte: Österreich hat viele ERC grants. Frau Professor Nowotny und andere haben uns da wirklich gut etabliert, und das findet im Wettbewerb international statt. Das ist, glaube ich, genau der Punkt, wo wir auch in Wirklichkeit Ängste wegnehmen können.

Abschließend muss ich schon noch zu einem Punkt kommen, bei dem wir Ängste haben. Die EU und ihre Entwicklung war - wie wir wissen - natürlich nicht darauf ausgelegt, dass man nur wirtschaftliche Vorteile hat, sondern dass wir gemeinsame Werte vertreten - eine Wertegemeinschaft - und unsere Vielfalt managen.

Wir sind ja eigentlich die einzige Gemeinschaft, in der Menschenrechte einen durchgängigen Standard haben. Dies ist in anderen Gemeinschaften weitaus schwächer ausgebildet. Aus diesem Standard und aus diesem Anspruch, den wir uns selber stellen, stellt sich auch eine der größten Herausforderungen für uns. Ich sehe die größte Herausforderung für die EU nicht im wirtschaftlichen Bereich, nicht im Bereich des Klimaschutzes. Die größte Herausforderung ist im Zusammenleben miteinander, und im Wesentlichen hat das nach meiner Ein-



schätzung auch eine ganz klare Hintergrundlage mit der Situation im Religionsbereich. Das friedliche Zusammenleben mit dem Islam ist die Herausforderung und zweifelsohne war das Recht auf freie Religionsausübung eine ganz, ganz große zivilisatorische Leistung.

Unser Problem liegt auch in der Umsetzung, dass hier eine ganz klare Trennung von Kirche und Staat vorgegeben sein muss. Es darf niemand unter dem Titel von religiösen Prinzipien oder Spielregeln Staatsprinzipien, Ordnungsgesetze oder andere Dinge vernachlässigen oder in *der* Form sogar ihre entsprechende Missachtung leben. Das heißt, es ist einfach ein Ausdruck unseres Rechtssystems, dass das auch entsprechend respektiert werden muss. Es sind meistens auch nicht die Religionen, sondern radikale Strömungen, die das wirklich ausnützen.

Diese Problematik im Inneren und die Verletzung der religiösen Grenzen im Äußeren - und dazukommend noch die Wirtschaftsflüchtlinge - haben uns im Bereich der Flüchtlingsproblematik (Herr Landeshauptmann Pröll hat das ja angesprochen und wenn sie heute die Medien lesen, dann ist das das beherrschende Thema) vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Und ich glaube das Problem ist, dass zwischen medialer Widerspiegelung und Meinung in der Bevölkerung eine gravierende Diskrepanz besteht.

Es ist bei uns ein gravierender Fehler aufgetreten in der gesamten Kommunikation. Der Fehler ist entstanden, weil wir geglaubt haben, wir werden überflutet. Das Problem ist entstanden, dass wir nicht mehr zwischen wirklich hilfesuchenden Asylwerbern auf der einen Seite und Wirtschaftsflüchtlingen auf der anderen Seite unterscheiden können.

Das hat uns ein Problem gebracht, weil die ökologischen, aber auch die sozialen Grenzen, die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Land und in Europa scheinbar strapaziert sind. Wenn wir das Thema sehen, dann sind wir fast mit der Entwicklung einer Völkerwanderung konfrontiert, und ich glaube, dem muss man auch auf mehreren Ebenen begegnen.

Die erste Ebene muss in der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa liegen. Nur wenn es gelingt, dass wir dort keine „failed states“ haben - wie Libyen

und andere, die eigentlich gar keine Rechtsstruktur mehr haben -, sondern uns vergleichbare Einrichtungen, dann können wir durch Forcieren der Entwicklungszusammenarbeit und der regionalen Zusammenarbeit dorthin kommen, dass die Menschen, die dort wohnen, auch eine Grundlage haben und ihre Lebenszukunft dort sehen.

Der zweite Punkt muss die eingeforderte Solidarität auf der europäischen Ebene sein. Es kann nicht sein, dass nur Österreich, Schweden und andere an vorderster Stelle alle diese Leistungen erfüllen.

Die dritte Ebene muss die innerösterreichische Solidarität sein. Es kann nicht sein, dass das nur eine Aufgabe ist, die irgendwo ans Innenministerium delegiert wird und wo jeder dann so tut, als könnten wir in einem zehnten Bundesland, das wir nicht haben, die Probleme lösen. Auch dort müssen wir zusammenstehen, muss jeder seinen Bereich wahrnehmen und seine Verpflichtung erfüllen. Meine Einstellung ist, dass wir das nicht in großen Lagern machen können. Warum? Weil dort erscheint der Fremde dem Bürger auch wirklich fremd. Dort, wo man eine Relation hat, wo das Individuum als Person wahrnehmbar wird, also zehn Personen pro 1.000 Leute in einem kleinen Ort, wo ich einen Betreuer habe, dort kann ich ein Projekt leben, weil dort ist der Fremde auch für mich erkennbar, identifizierbar und nicht eine anonyme Einheit. Ich glaube, dorthin könnte der Weg gehen, das könnte unsere Zukunft sein.

Meine Damen und Herren, das war jetzt eine natürlich nicht vollständige Darstellung der Herausforderungen, die wir auch im Bereich der EU haben: wir haben Vielfalt, wir haben Unterschiede, die wir leben müssen, wir haben weitere Entwicklungsnotwendigkeiten. Verschiedene Fragen - wie etwa eben die Zuwanderung und anderes - sind nicht in Verträgen geregelt, anderes ist zu viel geregelt: es gibt viel zu tun.

Ich möchte abschließen mit den Worten des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: „Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt.“

Vielen Dank!